

TARIFVERHANDLUNGEN 2015

Was lange währt

Reallohnsteigerung erkämpft – Kürzungen abgewendet –
Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf Beamte und Versorgungsempfänger gefordert

Von Andrea Thiel, Mitglied unserer Bundestarifkommission



V. r. n. l.: Andrea Thiel und Ralf Walz vertraten uns in der Bundestarifkommission der GdP, hier mit erleichterten Gesichtern bei der Bekanntgabe des Tarifiergebnisses am Samstagabend am Templiner See in Potsdam neben Kerstin Philipp (Tarifverantwortliche im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP), unserem Bundesvorsitzenden Oliver Malchow und unserer Bundesgeschäftsführerin Alberdina Körner; im Hintergrund erläutert ver.di-Chef Frank Bsirske gegenüber der Presse das Tarifiergebnis. Foto: Andrea Thiel

Dass die diesjährigen Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder sicher nicht leicht werden, zeichnete sich schon vor Beginn der ersten Gespräche ab. Bei der Auftaktveranstaltung am 16. Februar 2015 begründeten die beteiligten Gewerkschaften des öD ihre berechtigten Forderungen gegenüber den Arbeitgebern der Länder. Die Arbeitgeberseite wies die Forderungen mit der Begründung als überzogen zurück, dass allein die sinkende Inflationsrate keine Entgeltanhebung für die Beschäftigten erfordere. Außerdem ließe die unterschiedliche Lage der Länderhaushalte sowie die Schuldenbremse keine Steigerungen zu. Im Gegenteil, es seien Eingriffe bei den Leistungen der Altersversorgung der Länder erforderlich,

die weiterhin abwehrende Haltung der Arbeitgeber ein schnelles Ergebnis fast unmöglich macht. So war es dann auch nicht allzu verwunderlich, dass am späten Nachmittag des 19. März die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen wurden.

Bis zu diesem Zeitpunkt wurden ausschließlich Gespräche bezüglich der Themen Änderung der Zusatzversorgung sowie über die vonseiten der angestellten Leh-

rer angestrebte Entgeltordnung vereinbarte Verzinsung nicht mehr zu erzielen sei.

Die zweite Runde der Tarifverhandlungen, die am 26. und 27. Februar stattfand, endete ohne ein verbindliches Angebot von Arbeitgeberseite. Vielmehr beharrten die Arbeitgeber vehement auf ihrer Forderung nach Eingriffen in die Zusatzversorgung (ZVK), was für uns deutliche Kürzungen in der Zusatzrente bedeuten würde.

Nachdem am 18. März 2015 die dritte Runde der Verhandlungen eröffnet wurde, war uns allen recht schnell klar, dass

er angestrebte Entgeltordnung geführt. Eine Erhöhung der Tariflöhne war bislang noch gar kein Thema. Am Ende dieser Verhandlungsrunde stand lediglich der Termin für die Fortführung der Gespräche am 28. und 29. März 2015 fest.

So hieß es für Ralf Walz und mich dann wieder: Koffer packen und auf nach Potsdam!

Am Samstag zeigte es sich dann, dass sich die bundesweit durchgeführten Demonstrationen und Warnstreiks gelohnt hatten. Wir möchten uns auf diesem Weg bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken, die an den Demonstrationen in Mainz am 12. März und in Saarbrücken am 25. März teilgenommen haben. In dieser vierten Verhandlungsrunde mit der TdL kam es in den späten Abendstunden nach langwierigen und schwierigen Verhandlungen zu einer Einigung.

Das Ergebnis – eine Reallohnsteigerung von durchschnittlich 4,6% innerhalb von 24 Monaten – kann sich wirklich sehen lassen! Es beinhaltet im Einzelnen eine Entgelterhöhung ab 1. März 2015 um 2,1% und eine weitere ab 1. März 2016 um 2,3% – dann mindestens 75 €.

Fortsetzung auf Seite 2



Tarifdemo in Mainz: Die Saarländer waren stark vertreten.

Foto: Lothar Schmidt

TARIFVERHANDLUNGEN 2015

Fortsetzung von Seite 1

Hart erkämpft wurde die Stabilisierung der Altersvorsorge, was heißt, dass es bei der ZVK keine Leistungskürzungen geben wird! Dies wird durch eine Anhebung der Arbeitnehmerumlage zur ZVK von derzeit 1,41% um 0,2% ab 1. Juli 2015 und weitere 0,1% ab 1. Juli 2016 und 1. Juli 2017 auf dann 1,81% gewährleistet. Die Arbeitgeber tragen somit eine Umlage von 6,45% bis zu 6,85%. Die Löhne für die Auszubildenden werden zum 1. März 2015 und 1. März 2016 um jeweils 30 € er-

höht. Die bisherige Übernahmeregelung wird um zwei Jahre verlängert.

Nun erwarten wir eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Ergebnisse auf unsere Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger.



Tarifdemo am 25. März in Saarbrücken; der Druck musste erhöht werden.

Foto: Ralf Porzel

BEFÖRDERUNGSTERMIN APRIL 2015

Budgetverteilung und Schwerpunktsetzung verbesserungsbedürftig

Zum Beförderungstermin April 2015 werden rund 300 000 Euro (68%) des zur Verfügung stehenden Budgets für das Jahr 2015 verausgabt. Im Oktober

Besoldungsgruppe	Anzahl	Auswahlkriterien	Anteil v. 298.600 €
A9 m.D. nach A9 g.D.	3	Bu 2 oder 3, 20 Jahre Diensterfahrung	-%
A9 nach A10 prüfungsfrei	21	Bu 2, VorBu 3, RDA 04/04	22,61%
	4	Bu 2, VorBu 3, i.V.m. Lebensalter	
A9 nach A10 FHSV	13	Bu 2, VorBu 3, RDA 10/2006	21,70%
	11	Bu 2, VorBu 3, RDA 02/2008 mit Laufbahnprüfung 2	
A10 nach A 11 prüfungsfrei	1	Bu 2, VorBu 2, RDA 10/2005	1,07%
A10 nach A11 FHSV	6	Bu 2, VorBu 2, ohne Funk., RDA 10/08	30,01%
	1	Bu 2, VorBu 3, Funk. A 13, RDA 04/07	
	19	Bu 2, VorBu 3, Funk. A 12, RDA 10/08	
	2	Bu 2, VorBu 3, ohne Funk., RDA 02/00	
A11 nach A12	11	Bu 2, VorBu 3, Funk. A 13, RDA 10/11	9,24%
A12 nach A13	1	Bu 2, VorBu 3, Funk. A12, RDA 10/05	9,04%
		Bu 2, VorBu 2, Funk. A13, RDA 04/09	
A12 nach A13	6	Funk. mind. 12 Monate	9,04%
A13 g.D. nach A13 h.D.	4	Bu 2, VorBu 3 Funk. A13, RDA 10/10	-%
A13 nach A14	3	Bu 2, Funktion A14, RDA 10/09	1,71%
A14 nach A15	1	Bu 2, Funk. A16, RDA 10/11	1,54%
A15 nach A16	2	Ab A16 keine Mitbestimmung des Personalrats	3,08%
Gesamt	109		100%



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Saarland**

Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 84 12 410
Telefax (06 81) 84 12 415
Homepage: www.gdp-saarland.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp.de

Redaktion:
Lothar Schmidt, Gewerkschaftssekretär
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Saarland
Kaiserstraße 258, 66133 Saarbrücken
Telefon: (06 81) 8 41 24 13, Fax: -15
Mobil: 01 57-71 72 14 18
E-Mail: Lothar.Schmidt@gdp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6489



BEFÖRDERUNGSTERMIN APRIL 2015

stehen noch rund 140.000 Euro zur Verfügung, sodass nach Abzug der Überziehungsbeträge im Jahr 2015 mit insgesamt 440 000 Euro eine etwas höhere Budgetsumme als 2014 zur Verfügung steht. Bei den Beförderungsauswahlentscheidungen zum 1. April 2015 wurde allerdings nicht in allen Bereichen ein Konsens zwischen Hausleitung, Polizeihauptpersonalrat und Gewerkschaften erzielt.

Die Auswahlentscheidungen insbesondere im Bereich von A 9 berücksichtigen aus unserer Sicht nicht die Entwicklung und die daraus resultierenden Notwendigkeiten für die Gesamtperiode. Sie tragen dem durch Haushaltsverantwortliche selbst gesteckten Anspruch „Unten mehr als oben“ nicht

ausreichend Rechnung. Eine durch das Zusammentreffen unterschiedlicher Leistungskriterien entstandene komplexe Kandidatenkonstellation erschwerte die Entscheidungsfindung zusätzlich. Darüber hinaus wurden von uns in den Gesprächen die an



Beförderungsfest am 26. März auf dem Wackenberg: Herzlichen Glückwunsch! Foto: Ralf Porzel

Gewerkschaft und Personalvertretung gerichteten Eingaben erörtert. Forderungen nach Beförderungen sozialer Härtefälle wurde nicht entsprochen. In den Gesprächen zwischen Hausleitung, Personalvertretern und Gewerkschaften sind wir mit einem

aus unserer Sicht schlüssigen Gesamtkonzept angetreten, das die Beförderungsmöglichkeiten über die Beurteilungsperiode hinaus bis zum Jahr 2017 darstellt. Tragendes Prinzip des Konzeptes sind die auch politisch vereinbarten Ziele, im Rahmen des zur Verfügung stehenden Budgets einen möglichst hohen „Erfüllungsgrad“ in allen Besoldungsgruppen – mit Schwerpunktsetzung in den unteren – zu erreichen. Leider ist es zum jetzigen Beförderungstermin nicht gelungen, durchgängig einen solchen Ansatz umzusetzen. Zum Beförderungstermin im Oktober muss ein Gesamtkonzept bis 2017 Grundlage der Gespräche sein.

Ralf Porzel, Landesvorsitzender

WAHL DER JUGEND- UND AUSZUBILDENDENVERTRETUNG IM LANDESPOLIZEIPRÄSIDIUM

Es geht um Eure Interessen!!!



Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die JAV-Wahl 2015: (v. l. n. r.): Vanessa Wagner (P36c), Selina Stein (P36a), Lea Schneider (P36c), Michelle Andler (P34d), Sarah Koch (P35d), Sebastian Meiners (P34a), Jonas Lillig (P36a), Cedric Jochum (34a), Michaela Linz (P35b); es fehlt Marius Leber (P34c). Foto: Sebastian Meiners

Am 20. Mai 2015 brauchen die JAV-Kandidatinnen und -Kandidaten der GdP die Unterstützung aller Wähler durch ein klares und überzeugendes Votum!!! Für die ca. 220 Wahlberechtigten der JAV im Landespolizeipräsidium gilt es unbedingt, die Stimme für die Liste 1: „GdP – JUNGE GRUPPE – Ge-

meinsam stark“ abzugeben. Gemeinsam und stark ist es auch dem Team der JUNGEN GRUPPE um David Maaß, Sebastian Meiners und dem Vorstand der KG LPP gelungen, junge und engagierte GdP-Mitglieder zu einer Kandidatur zu überzeugen und somit den Wählerinnen und Wählern am Wahl-

Mittwoch ein attraktives Kandidatenteam anzubieten. Das zu wählende Gremium wird wieder aus neun Mitgliedern bestehen. Bei den letzten JAV-Wahlen 2013 wurden alle neun JAV-Mitglieder aus dem GdP-Wahlvorschlag gewählt. Am Wahltag wird in der Fachhochschule in Göttelborn ein Wahllokal – insbesondere für die Studierenden der P 34 und P 36 – eingerichtet werden. Für die wahlberechtigten Kolleginnen und Kollegen des Studiengangs P 35, die zum Wahltermin ihren Praktikumsdienststellen zugeteilt sind, und für die wahlberechtigten Auszubildenden im Tarifbereich wurde durch den Wahlvorstand Briefwahl angeordnet. Hier ist eine gesonderte Anforderung der Wahlunterlagen durch die Wahlberechtigten nicht erforderlich. Listenvertreter des GdP-Wahlvorschlages ist Sebastian Meiners aus dem Studiengang P 35. Sebastian ist bereits seit 2013 Mitglied der JAV im LPP und konnte in den vergangenen zwei Jahren im amtierenden Gremium bereits vieles bewegen und wichtige Erfahrungen auch für das neue JAV-Team sammeln.

Dirk Britz, Redaktion



Minister Jost greift GdP-Vorschläge auf

Vor dem Hintergrund der Krawalle in Frankfurt und einer immer weiter sinkenden Hemmschwelle bei der Ausübung von Gewalt gegen Polizei, Justiz, Feuerwehr und Rettungskräfte hat sich der saarländische Justizminister Jost für die Schaffung eines neuen Straftatbestandes, der die Gewaltausübung gegenüber Beamtinnen und Beamten von Polizei und Justiz unter Strafe stellt, ausgesprochen.

Minister Jost erklärte hierzu wörtlich: „Die jüngsten Vorfälle in Frankfurt reihen sich ein in die schon seit längerer Zeit festzustellende Tendenz, dass die Hemmschwelle zur Ausübung von Gewalt gegenüber Beamtinnen und Beamten von Polizei und Justiz sinkt. Dabei geht es den Tätern in der Regel nicht darum, eine individuelle Person zu treffen oder bestimmte Amtshandlungen zu bekämpfen, sondern darum, die Beamtinnen und Beamten aufgrund ihrer Amtsstellung, also quasi stellvertretend für den Staat, den sie repräsentieren, anzugreifen und zu verletzen. Die bestehenden Strafvorschriften im Strafgesetzbuch tragen derartigen Angriffen nach meiner Überzeugung nicht ausreichend Rechnung. § 113 StGB (Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte) schützt nur Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr oder Beamtinnen und Beamte, die zur Vollstreckung von Rechtsvorschriften, Gerichtsentscheidungen oder Verfügungen berufen sind, bei der Vornahme einer solchen Diensthandlung. Angriffe aus dem ‚Nichts‘ etwa gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte auf Streife oder gegen Richterinnen und Richter bei der Urteilsverkündung werden hiervon nicht erfasst. Die allgemeinen Körperverletzungsdelikte werden ihrer Tatbestandsfassung und ihrem Strafraum der Besonderheit derartiger Fälle, dass Beamtinnen und Beamte als solche angegriffen werden, ebenso wenig gerecht. Ich unterstütze daher nachdrücklich die langjährige Forderung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) nach Einführung einer Sondervor-

schrift für Gewalthandlungen gegen Vollstreckungsbeamte mit einer erhöhten Mindestfreiheitsstrafe von drei Monaten und einem Strafraum bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe und der Möglichkeit der Strafschärfung für besonders schwere und der Strafmilderung für minder schwere Fälle.“

Mit ihrer Kampagne „Auch Mensch – keine Gewalt gegen Poli-

zebeamte“ weist die GdP schon seit einigen Jahren auf die steigende Gewalt gegen Polizeibeamte und Rettungskräfte hin. Nach Angaben des Bundeskriminalamtes wurden im vergangenen Jahr rund 60 000 Polizeivollzugsbeamte Opfer einer Straftat.

Die GdP fordert einen neuen § 115 im Strafgesetzbuch (StGB), der einen Angriff auf einen Polizisten in

Anzeige

**1. Green Cup
der JUNGEN GRUPPE**

**JUNGE GRUPPE
GdP Saarland**

**Am 13.06.2015 um 10:00
in der "Papiermühle Dillingen"
- Kunstrasen des VfB Dillingen -
(Brückenstraße in 66763 Dillingen)**

Anmeldegebühr: 15 €

Anmeldung: info@jungegruppesaar.de

Anmeldeschluss: 15.05.2015



BESSERER SCHUTZ

jedem Fall unter Strafe stellt. Der bisherige Straftatbestand (§ 113 StGB) setzt voraus, dass sich der Beamte bei einem Angriff in einer Vollstreckungshandlung befindet. Unvermittelte Attacken auf eingesetzte Polizeibeamte im täglichen Dienst oder ohne einen Bezug zur konkreten Einsatzhandlung, bei der Polizeibeamte ausschließlich in ihrer Funktion als Repräsentanten des Staates angegriffen werden, sind von dieser Vorschrift nicht erfasst. Einen vergleichbaren Anspruch auf Schutz kommt nach unserer Überzeugung auch der Justiz, Feuerwehrleuten und Rettungskräften zu. Wer Menschen, die anderen Menschen in einer Notsituation zur Hilfe eilen und von denen wir auch erwarten, dass sie bei dieser Hilfeleistung gesteigerte Gefahren für ihr eigenes Leben und ihre eigene Gesundheit in Kauf nehmen, angreift, verwirklicht in besonderer Weise Unrecht.

Die GdP fordert die Justizminister und -senatoren der Länder auf, den Vorstoß des saarländischen Justizministers zu unterstützen. Für uns wäre das ein wichtiges Signal für alle Polizeibeamtinnen und -beamten Deutschlands, die bei der Gewährleistung der inneren Sicherheit ein erhebliches Risiko für Leib oder Leben eingehen. Es muss klar sein: Wer einen Polizeibeamten angreift, macht sich in jedem Fall strafbar und riskiert seine Freiheit.

Ralf Porzel, Landesvorsitzender

GdP-FERIENCAMP

25. 7. bis 1. 8.

Anmeldung



„DIE GdP. EINE FÜR ALLE.“

Gewerkschaft der Polizei



KREISGRUPPE ST. WENDEL

Zwei Runde Geburtstage

Unsere Ruhestandskolleginnen Rita Kaub und Sonja Alt feierten im März jeweils ihren 70. Geburtstag. Rita Kaub und Sonja Alt waren über 20 Jahre als Reine-machefrauen bei der PI St. Wendel und traten dort auch im Jahre 2010 gemeinsam in den wohlverdienten Ruhestand. Sie gehörten beide zu den „guten Seelen“ der Dienststelle.



**Geburtstagskind
Rita Kaub**

Sonja Alt war über zehn Jahre als Frauenvertreterin im Kreisgruppenvorstand der GdP, im ehemaligen ÖPR des Polizeibezirks St. Wendel sowie im ehemaligen Hauptpersonalrat aktiv. Beiden treuen GdP-Mitgliedern

wurde durch den Vorsitzenden der Kreisgruppe, Thomas Ehlhardt, sowie durch den Seniorenvertreter Dietmar Böhmer ein Geburtstagspräsent überreicht. **D. B.**



Dietmar Böhmer gratuliert Sonja Alt.

Fotos: Dietmar Böhmer

KREISGRUPPENVORSITZENDE

Abstimmung



Kreisgruppenvorsitzende (v. l. n. r.) Stefan Schnubel (LKA), Thomas Schlang (SB-Land), Petra Wagner (Saarlouis), Uwe Dörr (Neunkirchen), Carsten Baum (LPP), Thomas Ehlhardt (St. Wendel) und Arno Adams (Merzig-Wadern); im Vordergrund: Sylvia Schuhe; es fehlen Jordana Becker (SB-Stadt) und Malte Krämer (Saarpfalz).

Foto: Lothar Schmidt

Auftakt für nun regelmäßig stattfindende Abstimmungsgespräche der sieben Kreisgruppenvorsitzenden im Landesbezirk: das erste Koordinierungsgespräch am 3. Februar 2015 im Rathaus Lebach. Dort trafen sich die GdP-Kreisgruppenvorsitzenden unter Vorsitz von Uwe Dörr zu einem ersten Koordinierungsgespräch über aktuelle Themenstellungen, erforderliche Positionierungen und Aktionen unserer GdP. Die Treffen sind ein Baustein

in dem Maßnahmenpaket, mit dem gezielt die beim 21. GdP-Landesdelegiertentag im März 2014 beschlossene intensivere Kommunikation und Einbindung „der Fläche“ und dortiger Funktionsträger und Strukturen umgesetzt wird. Mit von der Partie und einmal mehr in ihrer Klammerfunktion unentbehrlich waren auch hier Sylvia Schuhe und Lothar Schmidt von der GdP-Geschäftsstelle.

CB



„GdP vor Ort“

Bei der PI Burbach und der PI St. Johann

Am 2. 2. 2015 fand bei der PI Burbach eine GdP-Infoveranstaltung statt, an der neben der Dienststellenleitung (Wolfgang Schäfer und Thomas Kolz) sowie ca. 13 Kolleginnen und Kollegen der besagten Polizeiinspektion auch unser Landesvorsitzender Ralf Porzel, der Personalratsvertreter Thomas Schlang und die Vorsitzende der Kreisgruppe Saarbrücken-Stadt, Jordana Becker, teilnahmen. Ralf Porzel berichtete über aktuelle Themen wie den Ende Januar stattgefundenen Antrittsbesuch bei Innenminister Klaus Bouillon und dessen in der Folge stattgefundenen Presseerklärungen hinsichtlich des „Sofortmaßnahmenpakets“ bzw. der „Lebensarbeitszeitverlängerung“. Außerdem wurden u. a. interessante Informationen über das vorzeitige Zustandekommen der Evaluierungskommission, den künftigen Einstellungszahlen und der Gesetzesinitiative hinsichtlich „Gewalt gegen Polizeibeamte“ geliefert. Das Thema „Zulagewesen“ – und hier besonders die Festlegung, welche Tage als Wochenenddienste gewertet werden – war Grundlage einer anregenden Diskussion in unserer Runde. Aber auch die Zusammenarbeit zwischen den Polizeiinspektionen (WSD) und der FLZ wurde kritisch beleuchtet.

Zu der am 19. 2. 2015 stattgefundenen Informationsveranstaltung bei der PI St. Johann waren ca. 15 Kolleginnen und Kollegen gekommen. Ralf Porzel, der Dienststellenleiter Udo Schneider, der Vorsitzende des ÖPR der Polizeiinspektionen, Uwe Dörr, die Personalratsvertreterin Petra Wagner, der stellvertretende KG-Vorsitzende David Bohnenberger und die KG-Vorsitzende Jordana Becker waren ebenso zugegen. Ralf Porzel lieferte auch bei dieser Veranstaltung wichtige und interessante Informationen. Außerdem brachte uns Udo Schneider als Mitglied der Evaluierungskommission, deren Ziel die „Stärkung der Operative“ ist, auf den neuesten Stand.

Ob des Zeitpunktes der Auswirkung der „Lebensarbeitszeitverlängerung“ fand ein reger Meinungsaustausch statt.

Jordana Becker, Kreisgruppenvorsitzende



GdP vor Ort in Burbach (oben) und in St. Johann.

Fotos: Jordana Becker

PI BURBACH

„Gradliniger und angstfreier Motivator“

So titelte die SZ zur Einführung des neuen Burbacher Polizeichefs EPHK Wolfgang Schäfer

Anlässlich der Amtseinführung als Leiter der Polizeiinspektion Saarbrücken-Burbach hatte Wolfgang Schäfer am 9. Februar 2015 zahlreiche Gäste aus Polizei und Verwaltung in die Räumlichkeiten des Casinos der GIU eingeladen.

Nach der Ruhestandsversetzung unseres GdP-Kollegen Gerhard Meiser im November 2014 war die Funktion des Leiters der PI Burbach vakant und wurde bereits am 1. Dezember 2014 durch Wolfgang Schäfer als Nachfolger besetzt. Im Rahmen der Feierstunde würdigte der Landespolizeivizepräsident (LPVP) Hugo Müller die bisherigen Leistungen von Wolfgang Schäfer u. a. als Dienstgruppenleiter, streitbarer Vertreter für die Interessen der Mitarbeiter, Entwickler von flexiblen Dienstzeitmodellen und zuletzt als Leiter der PI Köllertal. Gleichzeitig bezeichnete der LPVP die PI Burbach als eine der wichtigsten Dienststellen im Saarland mit vielen Brennpunkten und hoher Einsatzbelastung.

Wolfgang Schäfer bedankte sich in seiner Ansprache an die Gäste für die bisherige Unterstützung, die er als neuer Chef in Burbach bislang erfahren durfte, und richtete sich an seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dem

Appell, auf sich achtzugeben, da sich Gewalt gegen Polizeibeamte und Übergriffe auf Uniformierte in letzter Zeit häuften.

Die GdP gratuliert dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Wolfgang Schäfer zur Übernahme dieser ver-



Hugo Müller (l.) würdigt Wolfgang Schäfer.

Foto: Bruno Leinenbach

antwortungsvollen Funktion und wünscht ihm eine glückliche Hand bei der Aufgabenerledigung und alles Gute für die Zukunft.

Bruno Leinenbach, stellv. Landesvorsitzender



AMTSEINFÜHRUNG IN BLIESKASTEL

Neuer PI-Leiter Markus Müller

PHK Markus Müller hat schon vor einigen Monaten die Amtsgeschäfte des in den Ruhestand versetzten EPHK Klaus Port übernommen; am Donnerstag, dem 19. 2. 2015, wurden ihm durch Landespolizeipräsident Norbert Rupp auch formal und offiziell die Amtsgeschäfte des Dienststellenleiters übertragen. Der Ernennung in der festlich geschmückten „Markthalle“ des Rathauses Blieskastel wohnten viele Wegbegleiter aus der saarländischen Polizei, aber auch der französischen Gendarmerie bei.



Norbert Rupp (r.) gratuliert Markus Müller.
Foto: Die Redaktion

Angeführt von der Bürgermeisterin der Stadt Blieskastel waren viele Gemeindebürgermeister und kommunal Verantwortliche sowie Gäste aus den Bereichen Feuerwehr, Rettungs- und Hilfsdienste der Einladung zur Feierlichkeit gefolgt. Die GdP gratuliert dem langjährigen stellvertretenden Kreisgruppenvorsitzenden und GdP-Aktivisten der Kreisgruppe Saarbrücken-Stadt Markus Müller ganz herzlich und wünscht ihm in schwierigen Zeiten eine gute Hand bei seiner Aufgabenwahrnehmung, nicht zuletzt im Sinne der Beschäftigten.

Die Redaktion

KREISGRUPPE SAARBRÜCKEN-STADT

Geburtstagsgrüße

Frisch aus dem Urlaub von Mallorca, wo Kollege Edwin Bustert zusammen mit seiner Familie seinen 80. Geburtstag feierte, wurde diesem am 9. Februar 2015 nachträglich im Auftrag der Kreisgruppe Saarbrücken-Stadt gratuliert.



Hans Ferber (l.) gratuliert Edwin Bustert.
Fotos: Gerhard Schmolze

Zu unserem Kollegen ist zu sagen, dass er am 15. 9. 1955 in die saarländische Polizei eintrat. Er wurde in das Saar-Bataillon eingestellt und kam anschließend zur Bereitschaftspolizei. Aufgrund seiner technischen Begabung und seiner Fachlehrgänge wurde er in verhältnismäßig kurzer Zeit Schirrmeister und letztlich auch Fahrlehrer. Ab 1978 war er Bediensteter bei der Inspektion für Sonderdienste und dort als technischer Beamter eingesetzt. Nebenberuflich war er noch Verkehrsbeauftragter beim ADAC.

Kollege Bustert ist trotz seiner 80 Jahre noch ein sehr aktiver Pensionär, der nicht nur ein 6500 qm großes Waldgelände zu bewirtschaften hat, sondern der auch noch gerne kegeln und wandern geht und letztlich auch noch sein geerntetes Obst in der Brennerei zu Schnaps verarbeitet. Sein größtes Hobby ist das Singen. So ist er mit starker Stimme im Männerchor und Kirchenchor von Blickweiler vertreten, wo er auch noch Verwaltungsarbeiten erledigt. Die Kreisgruppe Saarbrücken-Stadt wünscht Edwin Bustert, der seit 1963 Mitglied der Gewerkschaft der Polizei ist, noch eine talentreiche Zukunft und weiterhin viel Gesundheit.

Josef Welsch, der Sheriff von Gündingen, wurde 85 Jahre alt. Hierzu gratulierte die Kreisgruppe Saarbrücken-

Stadt durch ihre Seniorenvertreter Hans Ferber und Gerhard Schmolze recht herzlich.

Welsch wurde am 1. 6. 1952 bei der saarländischen Polizei eingestellt. Nach zwei Jahren Dienst im Saar-Bataillon kam er schon sehr früh in den Wechseldienst. Zuerst war er auf der Dienststelle in Brebach tätig und übernahm ein Jahr später den Polizeiposten in Gündingen. Bei dieser Dienststelle ging er auch im Februar 1990 in Pension. Bei seiner Dienststelle in Gündingen war er stets der „Dorfpolizist“. Über die Grenzen von Saarbrücken hinaus wurde Josef Welsch landesweit bekannt, als er im Jahre 1976 zum „freundlichsten Polizisten des Saarlandes“ gewählt wurde. Bei einer großen Feierstunde im Johannishof



Hans Ferber und Gerhard Schmolze beim Geburtstag von Josef Welsch (M).

wurden seine Verdienste entsprechend gewürdigt. Zu seiner Aufgabe gehörte auch die Ausbildung der Schülerlotsen, die er 23 Jahre lang sowohl praktisch als auch theoretisch ausgeübt hat. Als er im Gündinger Wald zwei Verbrecher stellte, die er dann mit deren eigenem Auto zur Dienststelle nach Brebach brachte, bekam er den Namen „Der Sheriff von Gündingen“.

Diese Erinnerungen bestimmen auch heute noch das Leben des Josef Welsch, und es ist eine Freude, mit ihm über seine polizeiliche Vergangenheit zu sprechen. Unser Kollege ist noch fit und vital und auch in der Lage, die Arbeiten rund ums Haus noch selbst zu erledigen.

Die Kreisgruppe Saarbrücken-Stadt wünscht Josef Welsch, der seit 1952 Gewerkschaftsmitglied ist, weiterhin für die Zukunft alles Gute.

Gerhard Schmolze



Informations- besuch

Verständigung und
Gastfreundschaft in Burbach

Die schrecklichen Attentate von Paris waren schon ein gewisser Auslöser. Wir wollten über unsere Kirch-
turmmauer hinausschauen und uns am Freitag, 2. Februar dieses Jahres, in Burbach informieren, wie genau islamisches Gemeindeleben bei uns im Saarland aussieht. Die Frage, die sich ja aufdrängt, ist: Wann und wo geht Integration von Zuwanderern insbesondere aus orientalisches moslemischen Weltgegenden schief? Und natürlich die Gegenfrage: Was braucht es zur gelingenden Integration aus nichtchristlichen Kulturen?

Wir, das waren unser Landesvorsitzender Ralf Porzel, die Kollegen der PI Burbach, Wolfgang Schäfer (PI Leiter, stellv. Landesvorsitzender) und Eren Yildirim sowie ich als Gewerkschaftssekretär. Vermittelt wurde der Besuch in dieser großen „arabischen“ Moschee vom aus dem Iran stammenden, schon lange Jahre in Saarbrücken lebenden Kulturwissenschaftler Asgar Abbazzadeh. Den Kontakt knüpfte er zum aus Algerien zugewanderten Krankenpfleger Mehmet Herichane, der im Vorstand der Burbacher Moscheegemeinde aktiv ist, hervorragend Deutsch spricht und als hauptamtlicher Integrationshelfer des DRK in der Landesaufnahmestelle in Lebach die Alltagsprobleme der Zuwanderer und Flüchtlinge aus aller Herren Länder sehr genau kennt.

Mehmet Herichane, der selber mit seiner Familie in Burbach wohnt, konnte uns jenseits von religiösen Grundsatzfragen gut erklären, wie sich die Situation der Moslems im Saarland (er schätzt, dass im Saarland ca. 40 000 Mitbürger islamischen Glaubens leben) darstellt. Wir haben eine arabische und drei türkische Moscheevereine, welche die islamischen Zentren im Saarland als eingetragene Vereine organisieren (dazu kommt noch ganz neu eine kleinere bosnische Glaubensgemeinschaft). Entscheidend für diese Zuordnung ist nicht nur, woher die Gläubigen, die zum Freitagsgebet kommen, stammen, sondern auch, wer die Glaubenslehre dogmatisch bestimmt und gewisse Investitions- bzw. Betriebs-



V. r. n. l.: Mehdi Harichane (Integrationshelfer), Mohamed Baghdali (Vorstandsvorsitzender der Islamischen Gemeinde im Saarland IGS), Wolfgang Schäfer (stellv. GdP-Landesvorsitzender), Mohammadi Bajtit (Vorstand IGS), Ralf Porzel (GdP-Landesvorsitzender), Kollege Eren Yildirim (PI Burbach), Wael Youssef (Imam) und Lothar Schmidt (Gewerkschaftssekretär)

Foto: Asgar Abbazzadeh

kostenzuschüsse für den Bau und den Unterhalt der Moscheen gibt; und das ist – neben den reichen arabischen Ländern – eben vor allem der türkische Staat, der sich auch für die Auslands-türken in der theologischen und ethnischen Verantwortung sieht. Nicht zuletzt die Frage, woher die Vorbeter, die Imame, kommen und wo sie ausgebildet worden sind, bestimmt den religiösen Charakter einer Moscheegemeinde.

Ich selber vertrat die Ansicht, dass diese Dinge wie „islamische Kirchensteuer“, theologische Ausbildung und Anstellung der Vorbeter unbedingt in die Hand der deutschen Gesellschaft bzw. des deutschen Staates kommen müssen, damit sich die Moslems in Deutschland in erster Linie als gleichberechtigte Mitbürger eines gemeinsamen Staatswesens bzw. einer gemeinsamen Gesellschaftsordnung verstehen. Die Fremdbestimmung aus Saudi-Arabien oder der Türkei (zwei Länder, die sicherlich keine Leuchtturmfunktion in Sachen Toleranz und Demokratie erfüllen) kann sicherlich keinen Erfolg versprechenden Ausweg zur Integration bieten. Da verfolgen moslemisch orientalische Machthaber ganz eigene politische Interessen, die sich nicht unbedingt gut mit denen unserer Bundesrepublik Deutschland vertragen müssen. Und im Kern hat man mir da auch nicht widersprochen. Aber die Selbstorganisation der Moslems in Deutschland im Sinne einer moslemischen „Kirche“ scheint noch ein schwieriger Prozess zu sein.

Überwältigt waren wir von der Gastfreundschaft, mit der man uns da in Burbach begrüßte und bewirtete. Großen Wert legte man auch darauf, dass wir selber – und das war ganz unproblematisch – am Freitagsgebet teilnahmen, wobei die auf Arabisch gehaltene Predigt des Imams extra für uns ins Deutsche übersetzt wurde. Es ging dabei, wenn ich es richtig verstanden habe, um sehr konkrete Fragen des guten Lebens in einer friedfertigen Gesellschaft. Ich musste selber an den Katechismus-Unterricht meiner frühen Jugend denken.

Auffallend war, dass in der ehemaligen Tennishalle im Burbacher Malhofen, in der sich jetzt das Gotteshaus befindet, unter den etwa 250 Betenden außer einem kleinen Mädchen, das seinen Papa begleitete, nur Männer waren. Über die Rolle der Frau im moslemischen Gemeindeleben ist sicherlich – unter Beteiligung unserer Frauengruppe – noch gesondert zu reden.

Die Frömmigkeit, mit der da freitags inbrünstig gebetet wurde, war schon beeindruckend, weil wir das so aus unseren christlichen Kirchen nicht (mehr) kennen.

Ein Anfang zur Verständigung ist gemacht. Es soll weitergehen. Und darauf bin ich schon einigermaßen gespannt. Wichtig wäre es mir, dass da weitere Kolleginnen und Kollegen moslemischen Glaubens mitmachen würden.

Lothar Schmidt

www.igsaarland.de

